

(Klenk)

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Auf die Legislaturperiode gerechnet stimmt es!)

Sie sehen aber auch, wie bei diesem Thema doch die Meinungen auseinander gehen. Hatte die SPD 1999 zum Nachtragshaushalt noch einen Antrag zur Erhöhung der Mittel gestellt

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ja!)

– wir haben es eben gehört; jawohl –, so hat Herr Kretschmann uns dies heute Morgen um die Ohren geschlagen, obwohl mit diesen Geldern viele Ortsumgehungen gebaut wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das dient vor allem den dort wohnenden Menschen und der Verkehrssicherheit.

Meine Damen und Herren, über fehlende bzw. geschätzte Zahlen in Bezug auf den Schienenverkehr will ich heute nicht reden. Die Summe der Forderungen ist in der Stellungnahme der Landesregierung präzise aufgeführt.

Mit dem Thema „Benzinsparendes Fahren“ – hierzu gibt es auch einen Antrag – haben wir uns in diesem Haus erst in der letzten Woche beschäftigt. Während andere – ich schaue den Kollegen Palmer an – dies mit Vollgas angehen wollen, setzen wir dabei

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bremse!)

außer auf die sparende Fahrweise, die wir mit Fördermitteln für die entsprechenden Kurse unterstützen, insbesondere auf unsere Automobilindustrie und die Entwicklung neuer, benzinsparender Technologien.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das hat den großen Vorteil, dass man selber nichts machen muss! – Gegenruf des Abg. Rüeck CDU: Zuhören! Da können Sie was lernen!)

Mit Erfolg hat sich Baden-Württemberg auch für eine befristete Steuerbefreiung für Drei- bzw. Fünftliter-Pkws eingesetzt. Mir fällt dabei allerdings gelegentlich auf, dass gerade diejenigen, welche sich dieses Thema ständig auf die Fahnen schreiben, mit den ältesten – ich wähle bewusst diesen Begriff – Dreckschleudern jenseits der Zehnlitermarke unterwegs sind.

(Abg. Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wen meinen Sie da? Wen meinen Sie da? Mein Fahrrad braucht zehn Liter Wasser auf 100 Kilometer! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Heiterkeit)

– Das prüfe jeder für sich selber.

Zur Abstufung von Bundesstraßen will ich heute nur so viel festhalten: Wenn sich die abzustufenden Straßen im gleichen Ausbau- und Unterhaltungszustand befinden wie die aufzustufenden Straßen, kann man sich ernsthafter mit dem Thema befassen. Im Rahmen der Fortschreibung des Bun-

desverkehrswegeplans waren Abstufungen in einer Anfrage einmal angedacht, aber sie wären rechtlich ohnehin nicht möglich gewesen. In diesem Zusammenhang dürfte es allerdings noch spannend werden, wenn endlich das Mautsystem funktioniert

(Zuruf von der CDU: Ja, wenn!)

und man unter anderem davon ausgehen kann – was zu befürchten ist –, dass ein Teil der Lkws nicht die schnellste und zugleich teuerste, sondern die zeitlich längere, dafür aber billigere Strecke auswählt. Erst dann wird man sehen, wie sich die Verkehrsmengen auf den einzelnen Straßen tatsächlich darstellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Boris Palmer.

(Zuruf von der CDU: Der fordert jetzt die Abstufung der Autobahnen zu Radwegen! Los, Boris, zeig's uns! – Heiterkeit)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Landesregierung zieht in ihrer Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD eine Bilanz des Generalverkehrsplans. Sie fällt differenziert aus. Auf der einen Seite kann die Landesregierung auf Erfolge verweisen. Einige der im Generalverkehrsplan gesetzten Ziele sind erreicht oder sogar übererfüllt. Auf der anderen Seite sind einige Ziele weit verfehlt worden.

Auffällig ist nur, dass die erreichten Ziele allesamt nichts mit der Politik der Landesregierung zu tun haben, wohingegen die verfehlten Ziele in ihrem originären Zuständigkeitsbereich liegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Röhm CDU: Das ist doch klar!)

– Ich kann Ihnen das begründen. Das ist nicht nur klar, das ist belegbar, Herr Kollege.

(Abg. Röhm CDU: Das haben wir nicht anders erwartet!)

– Lassen Sie es sich erklären. – Die drei Punkte, bei denen die Ziele erreicht oder übererfüllt sind, sind Zahl der Verkehrstoten, Emissionen und Spritverbrauch.

(Abg. Röhm CDU: Die gehen zurück! – Zuruf von der CDU: Das ist aber makaber!)

Lesen Sie das nach! Da liegen wir besser als im Generalverkehrsplan anvisiert. Da sind Zahlen genannt, Herr Kollege Röhm.

(Abg. Röhm CDU: Das ist gut! Da sind wir froh!)

Diese Zahlen werden übererfüllt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ist für Verkehrstote der Bund zuständig?)

(Boris Palmer)

Man ist besser, als man es sich vorgenommen hat. Das ist ja gut so.

Wenn man dann aber fragt, was die Landesregierung dafür unternommen hat, dass es weniger Verkehrstote gibt, dann findet man im Haushalt noch 1,6 Milliochen € zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Straßen. Das war sicher nicht die Ursache.

(Zuruf von der CDU)

Wenn man fragt, wie sich die Emissionen verringert haben – das geschah doch wegen der europäischen Normen. Hat die Landesregierung irgendetwas dafür getan?

(Minister Müller: Ja! – Abg. Röhm CDU: Ja, natürlich!)

Mir ist nichts davon bekannt.

Hinsichtlich des Spritverbrauchs kann man sich bequem darauf zurückziehen, dass die neuen Fahrzeuge heute sparsamer sind und deswegen der Spritverbrauch zurückgeht.

(Abg. Röhm CDU: Das war die Forderung der Politik!)

Aber hat die Landesregierung dafür irgendetwas unternommen? Außer warmen Worten ist sicher nichts von der Landesregierung gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Nicht einmal warme Worte! Kalte Worte!)

Wenn man hingegen dorthin schaut, wo die Ziele verfehlt sind – beim Landesstraßenbau –, dann stellt man fest: Da hat die Landesregierung Kompetenzen. Im Generalverkehrsplan wird definiert, dass jährlich 60 Millionen € für den Erhalt der Substanz der Landesstraßen notwendig sind. Wie viel ist seit der Verabschiedung des Generalverkehrsplans jährlich geflossen? 20 Millionen €.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie liegen um den Faktor 3 unter Ihrer eigenen Zielsetzung. Dort, wo Sie Verantwortung tragen, liegt ein vollständiges Versagen vor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nehmen Sie die CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich. Nun gut, dafür sind Sie nicht allein verantwortlich. Aber wenn Ihr Beitrag zu den CO₂-Emissionen immer darin besteht, von der Bundesregierung noch mehr Straßenneubau zu fordern, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, dass am Ende die Emissionen wegen größerer Verkehrsleistung nach oben gehen. Das ist nun einmal ein Faktum, das wir konstatieren müssen.

Meine Damen und Herren, Ihre eigenen Ziele sind erreicht, soweit Sie nichts dazu tun konnten, und verfehlt, wo Sie Verantwortung tragen. Das ist keine besonders erfreuliche Bilanz.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Eigentlich hätten Sie einen hohen Unterhaltungswert, aber Sie machen nichts daraus!)

– Wir können ja noch einmal bilateral über Unterhaltungswert reden. Ihr Unterhaltungswert, Frau Gräßle, ist meistens nicht sehr groß.

(Heiterkeit)

Sie sind eher für Ernsthaftigkeit bekannt.

Meine Damen und Herren, der FDP/DVP-Antrag beschäftigt sich gewissermaßen mit einer kleinen Revision. Es geht um einige Autobahnkilometer und einige Bundesstraßenkilometer. Ich glaube, wir bräuchten im Parlament wirklich nicht darüber zu diskutieren, ob ein paar Kilometer der B 3 abgestuft werden oder nicht.

Wir sollten aber über die Grundsatzfrage diskutieren – und das möchte ich hier doch einbringen –, ob es richtig sein kann, dass nur 20 % aller Bundesstraßen mehr als 20 % Fernverkehrsanteil aufweisen. Das ist das Ergebnis der Pällmann-Kommission zur Infrastrukturfinanzierung. Das heißt, wir haben hier ein massives Missverhältnis: Viel zu viele Straßen werden vom Bund geplant, beschlossen und bezahlt, aber die Kompetenz, zu beurteilen, ob die Straße notwendig wäre, liegt beim Land. Hier rufen die Leute an und fragen: Wieso wird bei uns nicht gebaut?

Deswegen ist unser Vorschlag – unser Vorsitzender Kretschmann wird das im Rahmen der Reform des Föderalismus entsprechend einbringen –: Abgabe eines großen Teils des Bundesstraßennetzes an die Länder bei gleichzeitiger Übertragung der entsprechenden Finanzmittel. Dann wird nämlich besser über diese Straßenbauprojekte entschieden, und ich glaube – Herr Kollege Scheuermann, wenn Sie dabei sind –, dass dann auch verantwortungsvoller entschieden wird, weil es dann aufhört, dass gefordert wird, der Bund solle doch – solange wir nicht dafür aufkommen müssen – bezahlen, und dass man Weihnachtslisten abgibt und möglichst viele Forderungen in das Märchenbuch hineinschreibt.

(Beifall bei den Grünen)

So viel, meine Damen und Herren, zum Antrag der FDP/DVP-Fraktion.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und diesen Unterhaltungswert.

(Beifall bei den Grünen – Heiterkeit – Abg. Seimetz CDU: „Für diesen Unterhaltungswert“! – Abg. Drexler SPD: Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Müller.

(Abg. Mappus CDU: Kollege Palmer, aufpassen! Jetzt können Sie etwas lernen! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Vereinzelt Heiterkeit)